



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/16 - 19. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-38
Fernschreiber 0886890

Nachwort zu Ollenhauers Pressekonferenz	S. 1
Fast 30 Prozent Sozialleistungen in Schweden	S. 3
Albdruck westdeutsche Aufrüstung	S. 5
Der Kanzler und die politische Fairness	S. 6

Pressekonferenzen

sp. - "Eine solide Sache" - das war der Kommentar eines ausländischen Journalisten nach der Freitag-Pressekonferenz mit Ollenhauer. Der Journalist meinte damit die Präzision, die Sachlichkeit und die Logik der Argumente, mit denen Ollenhauer auf die zahlreichen an ihn gestellten Fragen einging.

Zugegeben: Ollenhauer verzichtet auf die Effekte. Er spielt nicht mit salopper oder gar hintergründigen Andeutungen. Er "macht nicht in Sensationen", wie gelegentlich andere Politiker, wenn sie sich der Presse stellen. Das mag für den einen oder anderen Vertreter eines nach Sensationsröcheln haschenden Boulevardblattes bedauerlich sein; es hat aber den Vorteil, dass nach der Pressekonferenz nicht mehrere "Auslegungen" des Gesagten notwendig werden.

Bei aller Sachlichkeit und Bestimmtheit, mit der Ollenhauer die Politik der SPD erläutert, kann er sich gelegentlich auch eines Seitenhiebes nicht enthalten. Als ein Journalist von ihm wissen wollte, ob er in den letzten Äußerungen Adenauers eine Änderung der offiziellen Außenpolitik der Bundesregierung erblicke, meinte Ollenhauer trocken, bisher habe man auf der anderen Seite immer von der "Politik der Stärke" geredet; jetzt scheint es sich mehr um eine Politik der verächtlichen

19. 1. 1957

Stärke zu handeln.

Diese Bemerkung - ganz nebenbei gemacht - ist seit Freitag zu einem Begriff in der deutschen und internationalen Politik geworden.

Zwischen dem Auftreten Adenauers und Ollenhauers vor der Presse gibt es einen grossen Unterschied. Wenn Adenauer "plaudert", werden selbst seine politischen Freunde das Gefühl nicht los, hinter dem gesprochenen Wort könne noch etwas anderes stehen; etwas Undefinierbares. Alles, was er sagt, wirkt listig. Nicht umsonst trägt der Bundeskanzler die Beinamen "Alter Zauberer" oder "Alter Fuchs".

Wenn nach Adenauers Pressekonferenzen die Journalisten an die Telefone stürzen, um ihren Zeitungen den Bericht durchzubringen, haben sie die Notizblöcke angefüllt mit überraschend wirkenden "Blaubs". Nicht selten sagen sie jedoch ihrer Redaktion gleich im Anschluss an die Durchgabe des Berichtes, man solle noch etwas warten, vielleicht käme bald der Bonanz ...

Bei Ollenhauer ist das ganz anders. Der Pressemann, der an Ollenhauers Pressekonferenz war, weiss genau, woran er ist. Er verhält den Oppositionsführer mit dem Gefühl, einen Mann zugehört zu haben, bei dem ein "Ja" tatsächlich ein "Ja" und ein "Nein" tatsächlich ein "Nein" ist.

Gewiss, je nach Temperament und politischer Einstellung wird der einzelne Journalist auch in Berichten über Ollenhauers Erklärungen den Akzent auf diese oder jene Redewendung setzen. Aber Zweideutigkeiten gibt es nicht. Ein Überblick über die Presse vom Samstag zeigt in den Zeitungen ohne politischen Schattierungen die Geschlossenheit des Bildes der sozialdemokratischen Politik.

Mit Ollenhauer gewinnt die deutsche Politik an Klarheit. Das mag für viele zwar unlegen sein; es hat aber den Vorteil der Zuverlässigkeit.

Nationalbudget erleichtert Übersicht

Stockholm, Mitte Januar 1957

R.H. Mit Gardeaufmarsch, Gottesdienst und Thronrede wurde die diesjährige Session des schwedischen Reichstages eröffnet. Traditionsgemäss hat sich der Reichstag zunächst mit dem Staatsvoranschlag für 1957/58 zu befassen. Zum Unterschiede von der Bundesrepublik stehen dabei den Abgeordneten ausgezeichnete Gutachten über die gegenwärtige Lage und über die Tendenzen in der schwedischen Volkswirtschaft zur Verfügung, nämlich ein Nationalbudget, an dessen Ausarbeitung die besten Köpfe der schwedischen Volkswirtschaft mitgearbeitet haben.

Der Staatsvoranschlag, welcher in ein Einkommen/Ausgaben-Budget und ein Kapitalbudget aufgeteilt ist, rechnet mit Einkünften in der Gesamthöhe von 11.890 Millionen Schwedenkronen, die jedoch zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen. Unter Berücksichtigung verschiedener Überträge und Korrekturen ergibt sich rechnermässig die Notwendigkeit, etwa 282 Millionen sKr im Anleihewege zu decken. Finanzminister Sträng sagt selbst, dass sein neuer Budgetvorschlag schlechter als der vorjährige sei, bei welchem wohl mit einem Einnahmeüberschuss von 400 Mill. sKr gerechnet wurde, doch habe sich infolge neuer während des Jahres entstandener Mehrausgaben dieser errechnete Überschuss in ein Defizit von 700 Mill. sKr verwandelt.

Bei einem modernen Sozialstaate wie Schweden ist es selbstverständlich, dass auf das Sozialministerium die grössten Ausgaben entfallen, nämlich 28,2 Prozent. Die Landesverteidigung beansprucht 18,9 Prozent, das Unterrichtsministerium 11,2 Prozent. Auf die königliche Hofhaltung entfallen nur 0,03 Prozent der Gesamtausgaben.

Staatliche Studienbeiträge

Während sich die Landesverteidigung mit empfindlichen Abstrichen von ihren Anforderungen abfinden muss, sollen die Sozialleistungen - wenn auch in bescheidenem Masse - weiter ausgebaut werden. Der staatliche Kinderbeitrag - bis zum 16. Lebensjahr - soll ab 1.1.1958 von jährlich 290 auf 400 Kronen pro Kind - das sind 320 DM - erhöht werden. Als erster Schritt zu einer besseren Finanzierung des Studiums soll für die Schuljugend im Alter von 16 und 17 Jahren ohne Bedarfsprüfung

19. 1. 1957

ab 1.1.1958 ein monatlicher Studienbeitrag von 34 sKr - das sind 27.- DM - neu eingeführt werden. Für Studenten von 18 Jahren aufwärts, welche ausserhalb ihres Heimatortes studieren, soll das Höchststipendium von 75 auf 100 sKr pro Monat - das sind 80.- DM - und der Mietbeitrag von 60 auf 75 sKr pro Monat - das sind 60 DM-erhöht werden. Man rechnet, dass etwa 26 Prozent aller Neueingeschriebenen an den Universitäten und Hochschulen diese Stipendien erhalten werden.

Das Nationalbudget für 1956 errechnete ein Produktionsergebnis von 52.100 Mill. sKr sowie eine Wareneinfuhr von 11.400 Mill. sKr, welcher eine Ausfuhr von 11.200 Mill. sKr gegenübersteht. Gemessen an der Einwohnerzahl Schwedens - knapp über sieben Millionen - geben diese Zahlen einen Begriff davon, welche Produktivität die Arbeitskraft in Schweden erreicht hat, nicht zuletzt infolge des ständigen Druckes der hohen Löhne, welche eine rasche Rationalisierung erzwingen. Zugleich zeigen die Zahlen aber auch, wie sehr die schwedische Volkswirtschaft vom Aussenhandel abhängt; dies ist eine ständige Beunruhigungsquelle bei den Massnahmen zur Erhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes. Schliesslich besagen diese Zahlen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der ganzen schwedischen Volkswirtschaft dem direkten Einflusse des Staates unterworfen ist.

Höhe Investitionsrate

Vom Bruttonationalprodukt werden 15.500 Mill. sKr für Investitionen verwendet - 9.000 Mill. privat, 6.500 Mill. öffentlich - während 30.000^{Mill.} sKr auf die private und 6.400 Mill. sKr auf die öffentliche Konsumtion entfallen. Die Investitionen entsprechen demnach fast 30% des gesamten Produktionsergebnisses; diese Verhältniszahl enthüllt die bürgerliche Propaganda, welche seit Jahren behauptet, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik lege die Investitionstätigkeit lahm, als eine sehr durchsichtige Zweckpropaganda.

Finanzminister Sträng hält es für notwendig, die restriktive Wirtschaftspolitik beizubehalten, damit der Inflationsdruck abgefangen werden könne. Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht sei jedoch jetzt besser als vor zwei Jahren. Die Preisentwicklung sei ruhiger, der Arbeitskräftenangel geringer gewesen. Die totale Nachfrage nach Waren und Arbeitskraft sei jedoch noch immer grösser als das Angebot. Da infolge des ausgebauten Sozialsystems der Anreiz zum privaten Sparen kaum gesteigert werden kann, muss das öffentliche Sparen, also bei Staat und Ge-

neinde, intensiver werden, um den höheren Investitionserfordernissen der Zukunft gerecht werden zu können. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen obligatorischen Altersversicherung - als Ergänzung der Volkspension - wird die Bildung der Versicherungsfonds einen nicht unbedeutenden Beitrag zum Sparen leisten.

+ - +

Unerwünschter Speidel

ler.- Die hemmungslose und zum Teil sogar chauvinistisch gefärbte Reaktion britischer Zeitungen auf die Möglichkeit eines deutschen Generals als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa zeigt, wie weit wir noch einer wirklichen Verständigung mit unseren westlichen Nachbarn entfernt sind. Die Vorstellung, ein deutscher General werde britische und französische Soldaten befehlen, hat für viele Briten und Franzosen etwas Bedrückendes, wenn nicht gar Unheimliches. Sie erregt Widerspruch in einer Schärfe, die freilich den Kenner der Völkerpsychologie nicht überraschen kann. Zwölf Jahre Nachkriegszeit genügen eben noch nicht, um die vom Dritten Reich zugefügten Wunden vernarben zu lassen.

Zur Diskussion steht Generalleutnant Speidel, den die Bundesregierung als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte, Abschnitt Mitte, vorschlagen will. Speidel ist ein ehrenwerter Mann von untadeligen Charakter, hervorgegangen aus der Schule Rommels. Wenn Paris fast unbeschädigt den Alliierten in die Hände fiel, so hat es dies mit Speidel zu verdanken; er hatte sich geweigert, den Befehl Hitlers, die französische Hauptstadt zu zerstören, durchzuführen. Diese mutige Tat allein trug dem integren General die Achtung der Franzosen ein. Britische, amerikanische und französische Offiziere sind voll des Lobes über seine Loyalität und seinen in unzähligen schwierigen Verhandlungen bewiesenen Teingeist.

All dies scheint höchst lobenswerte Eigenschaften für den deutschen General zu sein, der westdeutsche Hilfstruppen befehligt, aber sie haben kein Gewicht und zählen nicht mehr, wenn dem gleichen General auch britische und französische Truppen unterstehen sollen.

19. 1. 1957

Ein Londoner Morgenblatt schlägt sogar vor, drastische Abstriche bei der britischen Rheinlandarmee vorzunehmen, was viele britische Soldaten "von der abstossenden Pflicht befreien würde, Befehle von einem deutschen General entgegenzunehmen". Dies, als nur eine Stimme im Chor vieler Stimmen lässt die Frage nach dem effektiven militärischen Kampfwert einer von einem deutschen General geführten westlichen Streitkraft aufkommen. Er mag als militärischer Fachmann noch so tüchtig sein, die Tatsache aber, dass er ein Deutscher ist, bringt ihm eine Welle des Misstrauens und der Abneigung entgegen.

Hier wird eine der wundensten und gefährlichsten Bruchstellen in der westlichen Deutschlandpolitik sichtbar. Die westlichen Alliierten wollen zwar ein aufgerüstetes Westdeutschland, aber ihre eigenen Völker haben sich damit noch nicht abgefunden. Die wahre Gleichberechtigung, auch im Militärischen, erfüllt sie mit Unbehagen, ja sogar mit Schrecken. Die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Militärsystems reißt alte Wunden und neue Klüfte auf; sie scheint eher die Solidarität mit der Welt des Westens zu schwächen, anstatt sie, wie ihre Befürworter vorgeben, zu verstärken. Für das offizielle Bonn mag diese Wirkung überraschend sein, obwohl sie vorauszusagen war.

Die sowjetrussische Propaganda sieht in der möglichen Rangerhöhung Spaideles eine Bedrohung und Demütigung für Briten und Franzosen. Sie kommt der britischen Reaktion entgegen und schlägt Töne an, die in britischen und französischen Ohren nicht fremd klingen. Darin liegt viel mehr als nur ein zufälliges Zusammentreffen.

+ + +

Der billige Konrad

sp.- Am 18. Januar 1957, 19 Uhr, starb die politische Fairness der Bundesrepublik eines jämmerlichen Todes. Zu diesem Zeitpunkt etwa lief über den Rundfunk eine Zehn-Minuten-Rede des Bundeskanzlers, die durch Ausnutzung der "Wachtstellung" der Bundesregierung in das Programm hineingedrückt worden war, um den Oppositionsführer, der am Freitagmittag seine erste grosse Pressekonferenz des Jahres 1957

abgehalten hat, sozusagen "die Schau zu stehlen".

Die bekanntgewordenen Hintergründe dieses billigen Streiches für den, wer immer auch ihn auf diesen Gedanken gebracht hat, der Kanzler selbst die volle Verantwortung trägt, lassen keinen Zweifel an dem wahren Zweck dieser Rede, die in ihrer Zusammenstoppelung auch dem unvoreingenommensten Hörer und Leser zeigt, in welcher Hast sie hingeworfen worden sein muss. Soweit das Presseecho in Betracht kommt, ist die Absicht der Public-Relations-Manager des Kanzlers nur zu einem geringen Teil geglückt, der den Aufwand und die ausgelöste Erbitterung wenig lohnt. Darum handelt es sich aber gar nicht: Die Absicht und die Durchführung des Planes allein sind ausschlaggebend, und sie zeigen den Bundeskanzler in einem höchst unerfreulichen Licht. Unter der Gelächter der zuerst veräutzten und jetzt schockierten Welt hat Adenauer bisher schon seit Wochen eine Wahlkampfpropaganda getrieben, zu deren geistigen Bewältigung er, wie die "New York Times" schrieb, "der sozialdemokratischen Opposition in die Hosentasche greift". Der Mut zur "neuen Politik", deren Sinn ausschliesslich ein dritter Wahlsieg ist, hat allerdings immer nur bis zum nächsten Morgen angehalten. Dann regnete es Dementis oder einschränkende und aufhebende Kommentare.

Diesem trostlosen Spiel folgte jetzt der Versuch, sich noch schnell durch die Hintertür in die Publicity eines anderen hineinzuschleichen. Dass der Kanzler bei dieser Gelegenheit seine "neue Politik" der "verdünnten Stärke" in den Papierkorb warf und sich wieder im alten Glanz des Kaisers der Machtblock-Politik zeigte, das sei zwar nur am Rande, aber nicht minder nachdrücklich erwähnt. Zur vollen Charakterisierung dieser ebenso hektischen wie billigen Wahlkampfmethoden, mit denen man in Palais Scharnburg und in seinem Propaganda-Annex das Schicksal noch abzuwenden versucht, liefert uns das Boyner "Evangelische Sonntagsblatt" vom 20. Januar 1957 das passende Zitat: "Sollen wir also die Sünde übersehen, die Niedertracht zudecken? Nein! Denn da, wo die Wahrheit nicht Wahrheit bleibt, kommt auch die Hölle!". Daran ändert auch die Tatsache nichts mehr, dass die Regierung hinterher Kleinalaut versprochen hat, in Zukunft solche Mätzchen, wie das Hineinpressen einer Kanzlerrede in das Rundfunkprogramm, nicht mehr zu wiederholen.